

Marzahn- Hellersdorf *links*

29. Jahrgang / April 2019

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Спасибо! - 74. Jahrestag der Befreiung Marzahns

Am **21. April 2019** jährt sich die Befreiung Marzahns zum 74. Mal. Auch in diesem Jahr wollen wir gemeinsam **am ersten befreiten Haus Berlins in der Landsberger Allee 563** dieses Ereignisses gedenken und die Befreier*innen ehren. Unsere Kundgebung beginnt **um 11 Uhr**. Im Anschluss wollen wir wieder zur Bersarin-Brücke gehen und diese mit Blumen schmücken.

Rund um den Tag der Befreiung werden verschiedene Veranstaltungen in Erinnerung an das Ende der Nazi-Herrschaft stattfinden. Ein Bündnis antifaschistischer Gruppen aus Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg hat sich zusammengefunden und wird neben der traditionellen Kundgebung auch Informationsveranstaltungen durchführen.

Das erste befreite Haus wird in den kommenden Jahren saniert werden. Dort wird der Bezirk künftig Angebote der Migrationsarbeit ansiedeln. Dass es sich auch weiterhin in öffentlichem

Eigentum befindet und nicht, wie vom früheren Bezirksbürgermeister Komoß (SPD) und seiner damaligen Koalition gewollt, verkauft wurde, ist dem beharrlichen Engagement der LINKEN zu verdanken. Wir haben Widerstand geleistet, obwohl wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht wussten, wie die finanziellen Mittel zur dringend notwendigen Sanierung aufzubringen sind. Wir wussten aber, dass öffentliches Eigentum und im Besonderen dieses Haus mit dieser besonderen Geschichte nicht dem Markt überlassen werden dürfen. Der Kampf hat sich gelohnt!

BJOERN TIELEBEIN



www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Was gibt's sonst noch?

Seite 2: #Mietenwahnsinn beenden / Auf zur Landesgartenschau nach Wittstock / Bürgeramt Biesdorf erhalten!

Seite 3: Petra Pau: Aus NSU-Skandal nichts gelernt?! / Bezirksvorstand

Die Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV März: Bezirk ist schuldenfrei /
- Spielplatzkommission / • Spielräume für Investitionen / • Einbürgerungsbehörde geschlossen

Seite 4: Dr. Manuela Schmidt: Mehr R2G wagen! / Für handlungsfähigen Bezirk / Heimatverein 2019

Seite 5: Hauptversammlung / Anrührende Begegnung

Seite 6: Tipps und Termine / Hinten links: Industriepolitik

#Mietenwahnsinn stoppen! **DIE LINKE.**

Das Berliner „Bündnis gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn“ ruft unter dem Motto „MARKT MACHT ARMUT – WOHNEN IST MENSCHENRECHT“ zu einer großen Mieten-Demo auf:

**Samstag, 6. April 2019,
12 Uhr, Alexanderplatz**

Aus dem Aufruf des Bündnisses:

Der Mietenwahnsinn wird immer schlimmer. Nach wie vor werden Menschen durch steigende Mieten verdrängt und zwangsgeräumt. Kiezläden, Gewerbe und Nachbarschaften werden zerstört. Menschen erfrieren während Häuser leer stehen.

Doch das letzte Jahr stand auch im Zeichen zahlreicher Proteste und Aktionen, die uns Mut machen: 25.000 Menschen haben im April 2018 in Berlin kämpferisch gegen hohe Mieten und Verdrängung demonstriert, unzählige

Mieter*innen organisieren sich in Hausgemeinschaften, Leerstand wurde besetzt und Zwangsräumungen wurden blockiert. In Kreuzberg verhinderten Kiezinitiativen weltweit zum ersten Mal einen Google Campus. Gestärkt durch diese Erfolge mobilisieren wir dieses Jahr erneut zu einer Demonstration in Berlin. Auch in vielen anderen Städten wird an diesem Tag gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung demonstriert!

**Infos zur Demo gibt's auf:
www.mietenwahnsinn.info**

Berliner Ostermarsch

Sonnabend, 20. April 2019

Auftakt 13 Uhr an der Volksbühne Rosa-Luxemburg-Pl.
Abschlusskundgebung gegen 15 Uhr ebenda

mehr unter www.frikoberlin.de

Osterweg Marzahn-Hellersdorf 2019

Ostermontag, 22. April 2019, Beginn 10 Uhr

1. Station: Stadtteilzentrum Mitte (Marzahner Promenade 38) mit Henny Engels, Sprecherin des Bündnisses für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Berlin Marzahn-Hellersdorf
2. Station: Katholische Kirche „Von der Verklärung des Herrn“, Neufahrwasserweg
3. Station: Russisch-Orthodoxe Kirche (Allee der Kosmonauten)
4. Station: An der Mühle: „Musik, Singen und 'ne warme Suppe ...“
Ansprache: Petra Pau (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages)



Wir setzen
ein Zeichen



#Mietenwahnsinn beenden

Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“

„Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Das Land fördert die Schaffung und Erhaltung von angemessenem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen ...“ So steht es in der Verfassung von Berlin, Artikel 28. Und im Grundgesetz, Artikel 14, steht: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“ Mit diesen beiden Zitaten beginnt die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ ihre lange Auflistung von Gründen, warum eine Vergesellschaftung von Wohnraum notwendig sei. Es gibt viele Gründe für die Enteignung von Deutsche Wohnen & Co, so die Aktiven der Kampagne. Eine Vergesellschaftung sei notwendig, weil:

- Wohnen ein Grundbedürfnis darstellt und in jeder Hinsicht für das Menschsein unverzichtbar ist.
- Deutsche Wohnen & Co eine Strategie der Mietpreissteigerung um jeden Preis verfolgen.
- insbesondere Deutsche Wohnen das führende Unternehmen im Berliner Immobilienmarkt ist und eine marktmächtige Stellung besitzt. (...) Deutsche Wohnen das Handwerk zu legen nützt allen Mieter*innen in Berlin, die vom Mietenwahnsinn betroffen sind.

Auf zur Landesgartenschau nach Wittstock

Große Gartenschauen haben in Deutschland eine lange Tradition und sie sind auch immer eine Leistungsschau der dahinterstehenden „grünen Industrien“. Wenn man den Aufwand mitbedenkt, der zum Beispiel für ständig wechselnde Blumenschauen betrieben wird, kann und sollte man den schon hinterfragen, vor allem auch, was den Einsatz von Düngemitteln und anderen biologisch nicht abbaubaren Stoffen betrifft. Mit der IGA 2017 bei uns in Marzahn-Hellersdorf war erstmals die Erarbeitung von Kriterien für die Nachhaltigkeit einer solchen Gartenschau verbunden. Die wurde bisher als noch positiv bewertet. Gartenschauen gibt es in Deutschland auf verschiedenen Ebenen, neben den internationalen Gartenschauen (IGA) und Bundesgartenschauen (BUGA) gibt es in jedem Bundesland - außer Berlin - in einem versetzten Abstand davon Landesgartenschauen (LAGA). Mit den Projekten der vergangenen Jahrzehnte war auch immer ein Anspruch für die Stadtplanung bzw. nachhaltige Stadtentwicklung verbunden. Von diesem Ergebnis her sollte man sie im Nachhinein neben einer konkreten ökologischen (und für die jeweiligen Kommunen auch ökonomisch-finanziellen) Bilanz auch beurteilen. Oftmals wurden dabei durch industrielle oder militärische Nutzung vorbelastete Gebiete durch solche Schauen für eine Nutzung für Freizeit, Naherholung oder auch für neue Biotop vorbereitet. Demnächst, am 18. April, startet in Wittstock -mit dem RE 6 oder über die Autobahn A 24 gut erreichbar - die nächste Brandenburger LAGA. Man hat dabei die historischen Garten- und Wallanlagen der einst als „Märkisches Rothenburg“ bekannten Stadt einbezogen, auch die alte Bischofsburg mit dem Museum des Dreißigjährigen Krieges und den Bleichwall. Mit gewissen Gedanken und Fragen im „Hinterkopf“ wäre ein Ausflug dahin zu empfehlen.

FRANK BEIERSDORFF

- alle bisherigen Maßnahmen des Landes Berlin zur gesetzgeberischen Einflussnahme auf steigende Mieten deren Anstieg weder verlangsamten oder verhinderten.

- Deutsche Wohnen die Häuser vergammeln lässt, keine ausreichende Instandhaltung betreibt (siehe ständige, tagelange Heizungsausfälle im Winter), um sie dann teuer zu modernisieren und die Bestandsmieter*innen zu vertreiben.

- die überwiegende Mehrzahl der Wohnungen im Besitz der Deutsche Wohnen früher städtisch waren: GSW und GEHAG. Wir wollen einfach unsere Häuser zurück.

- durch den staatlichen Eingriff der Spekulation Einhalt geboten würde.

Die vollständige Liste befindet sich auf der Webseite: www.dwenteignen.de.

Am 6. April beginnt die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ bei der #Mietenwahnsinn Demo, die um 12 Uhr am Alexanderplatz beginnt.

MAGDA ALBRECHT

Aus den Siedlungsgebieten:

Bürgeramt am Standort Biesdorf sichern!

In den letzten Monaten sind im Ausschuss für Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten eine Reihe von konzeptionellen Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Bürgerämter diskutiert worden. Durch die Berliner Bürgerämter werden umfangreiche und vor allem themenübergreifende Dienstleistungsangebote angeboten. Der Vorteil für die Kund*innen besteht darin, mehrere Anliegen an die Verwaltungen des Bezirksamtes oder des Landes Berlin erledigen zu können.

Über den weiteren Ausbau dieser Dienstleistungen gibt es noch Diskussionsbedarf. Der Bezirksstadtrat der AfD, Herr Braun, unterbreitete Anfang 2018 den Vorschlag, nur noch ein einziges zentrales Bürgeramt einzurichten. Dieses Angebot wurde von den demokratischen Parteien sofort zurückgewiesen. Die Fraktionen der LINKEN, der SPD, der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen nahmen dabei ganz klar gegen eine Zentralisierung der Bürgerämter Stellung und initiierten eine gemeinsame Beschlussfassung für die Fortsetzung der dezentralen Angebote. Nur die AfD-Fraktion stimmte dieser Beschlussfassung nicht zu.

Das Bezirksamte wurde ersucht, die jetzigen Standorte zu sichern und wirtschaftlich vertretbare Konditionen für die Weiterführung der Standorte zu finden. Das Bezirksamte hat auf der Grundlage dieser Beschlussfassung auch über den bisherigen Standort des Bürgeramtes in Biesdorf entsprechende Verhandlungen aufgenommen. Da in diesem

Jahr der bisherige Mietvertrag am Elsterwerdaer Platz ausläuft, wurde eine Ausschreibung für ein Mietobjekt vorgenommen. Es wurde ein Anforderungsprofil erarbeitet, ein Raumnutzungskonzept entwickelt und ein angemessenes Raumklima für die Beschäftigten und Kund*innen eingefordert.

Jetzt gibt es am Standort zwei Bewerber für ein Bürgeramt am Elsterwerdaer Platz. In sogenannten Werkstattgesprächen wollen die Ausschussmitglieder gemeinsam mit den Verwaltungen über die weitere Entwicklung und Leistungsangebote der Bürgerämter im Juni 2019 befinden. Im April 2019 will sich das Bezirksamte endgültig für einen der Anbieter entscheiden. Während in der BVV die demokratischen Fraktionen zur Entwicklung der Bürgerämter sachlich und konstruktiv zusammenarbeiten, gab es durch einen Bürgerbrief des Abgeordneten Christian Gräff (CDU) ein Störfeuer gegen diese Arbeit. Er steigerte sich sogar in die These, „dass in Zusammenarbeit zwischen der LINKEN und der AfD die Schließung des Bürgeramtes Biesdorf angestrebt wird“. Woher der Abgeordnete Gräff seine völlig aus der Luft gegriffenen Auffassungen hat, bleibt schleierhaft und ist scharf zurückzuweisen. Jetzt sind die Anbieter für das Bürgeramt gefragt, ihre Mietkonditionen, Raumnutzungskonzepte und Kosten darzustellen, um eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Bezirksverordneter

Petra Pau (MdB):

Aus dem NSU-Skandal nichts gelernt?!

Ja, aus den Medien ist er raus, der NSU-Nazi-Mord-Komplex, spätestens seit 2018 das Oberlandesgericht in München sein Urteil gegen Zschäpe gesprochen hatte. Zur Erinnerung: Ein Nazi-Trio war über zehn Jahre lang raubend und mordend durch die Bundesrepublik Deutschland gezogen, unerkannt und unbehelligt. So geht weiterhin die offizielle Version. Dabei wurde längst offenbar, dass zumindest von „unerkannt“ keine Rede sein konnte. Denn es gab sehr wohl Hinweise über den Verbleib und über Vorhaben der drei polizeilich Gesuchten. Aber der Verfassungsschutz behielt seine Erkenntnisse schlicht für sich, anstatt sie an die Kriminalämter weiterzugeben. Andere Fragen sind weiterhin offen und Stoff für weitere parlamentarische Untersuchungsausschüsse. Zum Beispiel, ob der „National-Sozialistische Untergrund“ (NSU) wirklich nur ein Trio aus Thüringen war oder nicht doch ein größeres Netzwerk - bundesweit. Bundeskanzlerin Merkel hatte 2012 bedingungslose Aufklärung versprochen - ein „Meineid“.

Auch der Prozess gegen Zschäpe und Co. hatte wenig dazu beigetragen, das Umfeld des NSU-Trios zu

erhellen, und es auch weitgehend unterlassen, das unsägliche Staatsversagen zu durchleuchten. Noch schlimmer: Es hat sich seither wenig verändert, jedenfalls nicht zum Besseren, nicht in der Gesellschaft, nicht in Behörden.

Die rechtsterroristische Gefahr ist nicht gebannt, im Gegenteil. Ob Chemnitz oder Dortmund: Hass gegen Andersseiende und Andersdenkende ist präsent, nahezu alltäglich und häufig gewalttätig. Die amtliche Statistik, nach der ich Monat für Monat frage, belegt es und stapelt gleichwohl tief. Jüngstes Beispiel: Nazis in Berlin-Neukölln haben einen linken Politiker und einen antifaschistischen Buchhändler im Visier. Sie planen militante Anschläge. Wieder weiß der Verfassungsschutz Näheres, und erneut behielt er sein Wissen lange für sich. Und der Generalbundesanwalt weigert sich immer noch, die nötigen Ermittlungen an sich zu ziehen, obwohl dies überfällig wäre.

In Hessen haben nach Lage der Dinge Polizisten Droh-Mails mit dem Kürzel „NSU 2.0“ verschickt. In Baden-Württemberg bildet ein Verein Rechtsextreme an Waffen aus. Dessen Verbindungen reichen bis in die KSK-Spezialeinheit der Bundeswehr hin-

ein. Die Liste der Beispiele, wie „Staatsdiener“ mit Nazis kooperieren, ließe sich fortsetzen. Die zuständigen Minister, ja die Bundesregierung schweigen meist beredt. Und wenn sie sich doch zu Wort melden, dann mit fatalen Vorhaben. So wurde das Bundesamt für Verfassungsschutz seit Aufwiegen des NSU-Skandals mehrfach aufgerüstet, personell und finanziell. Nun plant Bundesinnenminister Seehofer (CSU) den nächsten Skandal. Der Inlandsgeheimdienst soll befugt werden, elektronische Geräte, also Laptops, Tablets oder Smartphones, anzuzapfen und auszulesen, ohne richterlichen Bescheid, willkürlich, nach Schlechtdünken. Verfassungswidrig, meine ich.

Schwimmhalle im Freizeitforum wieder geöffnet

Diese erfreuliche Nachricht teilte der zuständige Bezirksstadtrat Gordon Lemm (SPD) in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 21. März im Freizeitforum mit. Demnach ist die Schwimmhalle seit dem 21. März wieder für die Nutzer*innen zugänglich. Ein Eröffnungsangebot von einem Euro pro Person soll für einen Monat als Wiedergutmachung für die lange Schließzeit während der Sanierung gelten.

Seit Oktober 2017 war die Schwimmhalle geschlossen. Die Sanierung der Glasfassade und der Schwimmhallentechnik sollte eigentlich im Oktober 2018 abgeschlossen sein. Doch schon bei der Sanierung der Fassade gab es Verzögerungen. Wie das Bezirksamt auf eine Kleine Anfrage der Verordneten der Linksfraktion, Sabine Schwarz, mitteilte, kam es nach einer Ausführungsänderung zur verspäteten Lieferung der Fassadenelemente. Hinzu kamen die in Wasserproben nachgewiesenen Legionellen.

Laut Bezirksamt wurde nach der Fertigstellung der Fassade die neue Wasserumwälzung in Betrieb genommen. Im Zuge der anschließenden Untersuchung des Trinkwassers wurden jedoch Legionellen im Trinkwassersystem nachgewiesen. Die geplante Eröffnung der Schwimmhalle im Oktober musste verschoben werden. Verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der Legionellen folgten. Doch auch die thermische Desinfektion der Trinkwasserleitungen am 22. November 2018 konnte das Problem nicht lösen: Legionellen wurden, wenn auch nur im kalten Trinkwasser, weiterhin nachgewiesen. Dies führte zur Entscheidung, eine Teilsanierung der Trinkwasserleitungen durchzuführen, die seit dem 7. Januar 2019 vollzogen wurde. Im Keller wurde eine Teiltrennung der zwei Trinkwassersysteme des Freizeitforums durchgeführt. Nach Abschluss weiterer Veränderungen der Trinkwasserversorgung im Bereich der Kegelbahn und der Toiletten im Foyer links fand eine chemische Desinfektion statt.

Das Freizeitforum wird sukzessive energetisch saniert. So wird aktuell die Dachfläche über dem Arndt-Bause-Saal erneuert und mit der Dachbegrünung begonnen. Ebenfalls in diesem Jahr soll eine Dachterasse, die von der Bibliothek aus begehbar ist, entstehen und die Photovoltaikanlage auf der Jugendfreizeiteinrichtung soll in Betrieb genommen werden. Geplant sind außerdem die Erneuerung der Fenster im Bereich des Arndt-Bause-Saals sowie die Begrünung des Innenhofs.

Aus dem Bezirksvorstand:

Themenvielfalt: Liegenschaftspolitik, Wohnungsfrage, Finanzen 2019

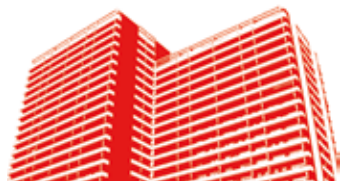
Zu Beginn der ersten März Sitzung informierte Kristian Ronneburg aus dem Abgeordnetenhaus, dass der Kleingartenentwicklungsplan seitens der Innenverwaltung an die Bezirksämter zwecks Mitwirkung überreicht wurde. Die Abgeordneten selber bekamen weder den Plan noch Informationen zum Inhalt zu Gesicht. In der Öffentlichkeit schlug er aber erste Wellen, da Kleingartenanlagen zur Bebauung freigegeben werden sollen. Anschließend konstatierten wir eine unveränderte Situation zum Stand Ende Februar bei der Herstellung der Arbeitsfähigkeit der Koordinierungsgremien in den Wahlkreisen. Das wird auch ein Thema auf der Hauptversammlung am 23. März sein. Nach einer kurzen ersten Auswertung des Bundesparteitages und der Vertreterversammlung zur EU-Wahl in Bonn beschäftigte sich der Bezirksvorstand mit der Vorbereitung der Hauptversammlung am 23.03., der Gedenkveranstaltung am 21.04. zum Tag der Befreiung und der Feier am 1. Mai auf dem Cecilienplatz. Die letzten 3 Punkte standen auch auf der Tagesordnung der zweiten Beratung im März. Abschließend informierte Kristian über ein Parteiengespräch mit der CDU. Anlass waren Behauptungen der CDU in einem Bürgerbrief zu einer vermeintlichen Zusammenarbeit der LINKEN mit der AfD in Marzahn-Hellersdorf in Bezug auf Bürgerämter.

„Aktuelles“ auf der zweiten Beratung war geprägt von einer ausführlichen Diskussion zu verschiedenen Aspekten einer linken Liegenschaftspolitik und zur politischen Einordnung der Bürgerinitiative „Enteignung Deutsche Wohnen und Co.“. Geschuldet war das der Information über einen

Beschluss der Linksfraktion aus dem Abgeordnetenhaus zur Liegenschaftspolitik, der auf einer Klausur angenommen wurde. Nach einer Einschätzung von Kristian, der als Teilnehmer aus erster Hand berichtete, liegt der Beschlussantrag unserer BVV-Fraktion zum öffentlichen Eigentum für die nächste Hauptversammlung inhaltlich vollständig auf der Linie der Abgeordnetenhausfraktion. Allerdings hat er den Eindruck, dass der Landesbeschluss fast ein bisschen schärfer formuliert ist. Zum sogenannten Mietendeckel, der nach Ansicht von einigen Rechtsexperten auf den Landesebenen gesetzlich möglich ist, waren wir uns einig, dass er ein weiteres Instrument der Regierungskoalition zur Verbesserung der sozialen Wohnungsfrage sein kann. Hier ist die weitere juristische Prüfung abzuwarten. Die in Kürze anlaufende Unterschriftensammlung zur Bürgerinitiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ trifft in der Öffentlichkeit auf ein breites Echo. Dabei stößt die mögliche Enteignung großer privater Wohnungsunternehmen bereits jetzt auf den erbitterten Widerstand seitens CDU, AfD, FDP sowie unterschiedlicher Lobbyisten und Verbände bzw. der eventuell betroffenen Unternehmen. Deutlich werden die unterschiedlichen Interessen von Klassen (Profitinteresse Weniger kontra soziale Interessen einer breiten Masse), die ansonsten eher geschickt verwischt und verschleiert werden. Zum Ende der Beratung beschäftigten wir uns mit dem Finanzplan unseres Bezirksverbandes für 2019 und beschlossen ihn einstimmig.

UWE WOLLMERSTÄDT

THOMAS BRAUNE



Marzahn-Hellersdorf ist schuldenfrei!

Die Bezirksverordnetenversammlung im März fand am 21. März statt, dem internationalen Tag gegen Rassismus. Anlässlich des Tages las Sabine Schwarz, unsere Sprecherin für Inklusion, eine persönliche Erklärung vor: "Mich machen Ausländerhass, Ausgrenzung, Herabwürdigung, Vorurteile und Hass wütend. Manche meinen, das seien „normale“ menschliche Reaktionen auf Veränderungen, Unbekanntes, Schwierigkeiten, das ‚sei eben so‘. (...) Meine Erfahrungen in beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten haben mich gelehrt, dass nur ein gleichberechtigtes Miteinander auf Augenhöhe, Akzeptanz und Toleranz ein friedliches Miteinander in Gegenwart und Zukunft ermöglichen."

Danach standen die Prioritäten der Fraktionen auf der Tagesordnung: Unsere Priorität thematisierte das Bürgerhaushaltsverfahren 2020/21, das aus guten Gründen als Erfolg gilt. Neben einer Steigerung der eingebrachten Vorschläge hat sich auch die Zahl der abgegebenen Stimmen verdoppelt. „Der lebendige Prozess des Bürgerhaushaltsverfahren soll weiterentwickelt werden.“, sagte Klaus-Jürgen Dahler, Sprecher für Haushalt, Personal und Bürgerdienste, in seiner Rede. Konkrete Verbesserungsvorschläge lieferte er gleich mit: Die Fraktion DIE LINKE schlägt für kommende Verfahren die Einführung von kiezbezogenen Budgets als Ergänzung zum bisherigen Verfahren vor. Somit können auch kleinere Vorschläge abgekoppelt oder im Rahmen der Haushaltsdurchführung umgesetzt werden. Außerdem soll das Verfahren technisch und inhaltlich weiterentwickelt werden, insbesondere für die Abstimmung mit mobilen Endgeräten.

Es folgten die Berichte aus dem Bezirksamt. Einer führte gar zu Applaus aller Fraktionen: Die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE)

teilte zur Freude aller Anwesenden mit, dass Marzahn-Hellersdorf schuldenfrei sei. Pohle berichtete, dass der Bezirk beim Haushaltsabschluss ein sattes Plus von 9,5 Millionen Euro erreichte. Un-



Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle, DIE LINKE, mit ihrem neuen Sparschwein, ein Geschenk von Bjoern Tielebein, dem Linksfraktionschef.

Foto: Juliane Witt

ser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein dankte der Bürgermeisterin mit einem Sparschwein für die disziplinierte Haushaltsführung. Mit dem Sparschwein lag er gar nicht so daneben, denn Pohle mahnte an, weiter sparsam zu bleiben. Ein

bisschen Aufatmen sei aber erlaubt, denn der nächste Doppelhaushalt kann mit weniger Druck angegangen werden.

Ein anderes wichtiges Thema waren die Schulreinigungen. Deshalb hat unser bildungspolitischer Sprecher Steffen Ostehr konkret nachgefragt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit die Reinigungen an den Schulen des Bezirks wieder durch Personal des Bezirksamtes anstatt durch Dritte durchgeführt werden und wie das Bezirksamt die Bestrebungen anderer Berliner Bezirke hin zur Rekommunalisierung der Schulreinigung bewerte.

Bezirksstadträtin Juliane Witt (DIE LINKE) antwortete, dass die Rekommunalisierung der Schulreinigung von der Wirtschaftlichkeit und der Qualität der Reinigung abhänge. Seit vielen Jahren werden die Reinigungen von externen Firmen vorgenommen. Aktuell werden 345.000 Quadratmeter Fläche in Schulen und Turnhallen durch vier Fachfirmen gereinigt. Die Kosten seien bei externen Firmen transparent, die tatsächlichen Kosten durch bezirkseigenes Personal nicht wirklich. Der Bezirk hätte nur eine bedingte Planungssicherheit, bei externen Firmen seien die Leistungen über einen Zeitraum abgesichert. Bei externen Firmen bestünde zudem auch die Möglichkeit von vertragsrechtlichen Sanktionen (z.B. bei Leistungsverweigerung). Die Grundreinigung in den Ferien könnte durch eigenes Personal kaum bewerkstelligt werden. Die Voraussetzungen dafür, dass die Reinigung an Schulen wieder durch eigenes Personal durchgeführt werden könne, sei nur im Rahmen einer „detaillierten Prüfung der Schlüsselfaktoren und im Ergebnis einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung“ zu beantworten.

Beschlossene Anträge:

- Neuer Kunstrasenplatz für die SG Stern Kaulsdorf e.V.
- Gründung von Schulbaubeiräten fördern
- Bezirkseigene Immobilien statt Mietobjekte
- Entwicklung eines neuen Schulstandorts in Biesdorf als Gemeinschaftsschule
- Verkehrssicherung des ehemaligen Ärztehauses an der Wuhle
- Schaffung einer landeseigenen Gesellschaft zum Betrieb von Gewerbeflächen
- Reinigung der Gedenktafel am Hain der Freundschaft
- Erhalt des Alten Marzahner Friedhofs
- Sofortige Rettung des Berliner Tschechow-Theaters im Jahr 2019

MAGDA ALBRECHT

Links wirkt: Spielplatzkommission tagt künftig öffentlich

Die Spielplatzkommission berät bei der Planung und Weiterentwicklung von Spielplätzen im Bezirk. Sie beschäftigt sich mit der bedarfsgerechten Ausstattung und thematischen Ausrichtung von öffentlichen Spielplätzen und der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den Planungsprozessen.

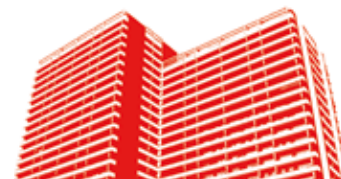
Zur besseren Akzeptanz und Transparenz der dort gefällten Entscheidungen hat sich die Fraktion DIE LINKE mit einem Antrag erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Tagungen ab sofort öffentlich sind. Die Geschäftsordnung wurde dahingehend ergänzt. Die Kommission setzt sich aus der Bezirksstadträtin für Wirtschaft, Straßen und Grünflächen (Vorsitz), der Leitung des Umwelt- und Naturschutzamtes (stell. Vorsitz), der Leitung des Straßen- und Grünflächenamtes, jeweils einer

Vertretung der Abteilung Weiterbildung, Kultur, Soziales und Facilitymanagement, der Abteilung Schule, Sport, Jugend und Familie, des Jugendhilfeausschusses sowie eines Mitgliedes des Bezirkselementar- und Mittelschulenausschusses Schule und Mitgliedern des Bezirkselementar- und Mittelschulenausschusses Kita zusammen. Beratende Mitglieder können ebenfalls eingeladen werden.

Unser Antrag forderte ebenfalls die Darstellung der Arbeit der Spielplatzkommission auf der Bezirks-Webseite, um so die Anwohner*innen zu informieren und gegebenenfalls zu aktuellen Maßnahmen Stellung beziehen zu können. Laut Vorlage sollen die Einladungen zu den Sitzungen, Termine, Protokolle und Links zu den Spielplatzkarten auf den Internetseiten des Straßen- und Grünflächenamtes veröffentlicht werden.

MAGDA ALBRECHT

**Die nächste öffentliche Sitzung
der Bezirksverordneten-
versammlung findet
am Donnerstag,
dem 11. April 2019, 17 Uhr,
im Freizeitforum in der Mar-
zahner Promenade statt.**



Spielräume für dringend notwendige Investitionen

„Marzahn-Hellersdorf ist schuldenfrei“, verkündete unsere Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE) in der März-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung. Klaus-Jürgen Dahler, haushaltspolitischer Sprecher, und Bjoern Tielebein, Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf, erklären dazu in ihrer Pressemitteilung:

„Wir freuen uns außerordentlich über diesen voraussichtlichen Jahresabschluss und den damit verbundenen Abbau der sogenannten Altschulden. Diese betragen zuletzt 4,2 Mio. Euro. Mit dem Plus von 9,5 Mio. Euro können nun auch Rücklagen gebildet werden. Die gemeinsame Kraftanstrengung in dieser und der vergangenen Wahlperiode hat ihre Wirkung gezeigt. Marzahn-Hellersdorf ist nun kein Konsolidierungsbezirk mehr. Das haben wir auch der Unterstützung der Haushaltspolitiker*innen der rot-rot-grünen Landesregierung zu verdanken.“

Für den Bezirk ergeben sich daraus neue Spielräume bei der Haushaltsaufstellung und für dringend notwendige Investitionen. Gleichzeitig muss an den bisherigen Prinzipien zur Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes festgehalten werden, um neue Defizite zu vermeiden.“

Die Linksfraktion blickt den kommenden Haushaltsberatungen zuversichtlich entgegen. Wir werden darauf achten, dass auch der kommende Doppelhaushalt 2020/2021 eine deutlich linke Handschrift trägt.



Bjoern Tielebein übergibt das Sparschein, auf dass es künftig nicht mehr nötig sei! Foto: Linksfraktion

Einbürgerungsbehörde durch AfD-Stadtrat geschlossen

Wer als ausländische*r Mitbürger*in seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt, kann unter bestimmten rechtlichen Voraussetzungen die Einbürgerung in die BRD beantragen. Dazu gehört ein unbefristetes oder ein auf Dauer ausgelegtes Aufenthaltsrecht, das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, das Aufgeben der bisherigen Staatsbürgerschaft, mündliche und schriftliche deutsche Sprachkenntnisse, die Straffreiheit und die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes für sich und unterhaltsberechtignte Angehörige. Die Einbürgerung kann auch beantragen, wer hier seit sieben Jahren mit abgeschlossenem Integrationskurs lebt beziehungsweise nach drei Jahren, wenn der oder die Antragsteller*in mindestens zwei Jahre mit einem oder einer Deutschen verheiratet ist.

Die für die Einbürgerung notwendigen Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung werden in

der Regel durch einen Einbürgerungstest nachgewiesen. Durch die Einbürgerung werden die Antragsteller*innen gleichberechtigte Bürger*innen unseres Landes. Sie können dann in den Gemeinden, in den Ländern, auf Bundesebene und in Europa wählen und auch selbst für politische Ämter kandidieren. Die Einbürgerung muss dort beantragt werden, wo die Menschen wohnen.

Im Jahr 2017 konnte in Berlin 6.474 Menschen ausländischer Herkunft die deutsche Staatsbürgerschaft erteilt werden. In unserem Bezirk waren es im gleichen Zeitraum 214 Menschen. Sie wurden während einer festlichen Veranstaltung zu deutschen Staatsbürger*innen ernannt. Für das Jahr 2019 sieht es für die Antragsteller*innen auf eine deutsche Staatsbürgerschaft eher traurig aus. Unter Verantwortung des Bezirksstadtrates für Bürgerdienste und Wohnen, Thomas Braun (AfD), hat die Einbürgerungsbehörde unseres Bezirkes

vom ersten Dezember 2018 bis zum Mai 2019 geschlossen. Das bedeutet, dass in unserem Bezirk bis Mai 2019 nicht einmal der Antrag auf Einbürgerung gestellt werden kann. Ursächlich wird die zeitweilige Schließung mit der Nichtbesetzung von Stellen im Amt begründet. Zurzeit wird eine Kollegin neu eingearbeitet. Der jetzige Zustand ist skandalös und so fragen wir in der BVV nach, warum dieser AfD-Stadtrat seiner gesetzlichen Pflicht zur Gewährleistung des Rechtes auf Einbürgerung durch das Staatsangehörigkeitsgesetz nicht nachkommt. Das ist auch deshalb skandalös, weil die Antragsteller*innen nur in dem Bezirk den Antrag stellen dürfen, in dem sie auch wohnen. Wir werden diese Art von AfD-Politik bei uns nicht durchgehen lassen.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Sprecher für Haushalt, Personal und
Bürgerdienste



Dr. Manuela Schmidt (MdB)

Mehr R2G wagen

Das war der rote Faden der Klausur unserer Fraktion in Rheinsberg Mitte März. Wo steht die rot-rot-grüne Koalition nach der Hälfte der Zeit und haben wir noch gemeinsame Visionen?

2017 sind wir als Linke mit einem hohen Anspruch an unsere Regierungsbeteiligung angetreten. Vor dem Hintergrund einer guten Einnahmesituation in Berlin wollten wir wieder gestalten, wollten wieder investieren - in Kita und Schule, in Wohnungsbau, in den öffentlichen Dienst, in den Öffentlichen Personennahverkehr. Berlin ist eine rasant wachsende Stadt und wir wollten, dass die Stadt wieder funktioniert. Uns war klar, dass ein riesiger Handlungsbedarf vor uns liegt, der nicht allein in dieser Wahlperiode zu stemmen ist.

Und doch haben wir die Ärmel hochgekrempelt und uns auf den Weg gemacht. Der Personalabbau im Öffentlichen Dienst wurde gestoppt, ein lange überfälliges Personalentwicklungskonzept ist erarbeitet. Für den Wohnungsneubau haben wir die landeseigenen Wohnungsunternehmen gestärkt, haben Rücklagen gebildet und neue Strukturen geschaffen. Wir investieren in Kitas und Krankenhäuser, in Wissenschaftseinrichtungen, in Bibliotheken und Theater, in Sportanlagen und Schwimmbäder. Allein 5,5 Mrd. Euro fließen in den nächsten Jahren in neue Schulen und in die Schulsanierung.

Wir haben gleichzeitig Familien entlastet und damit soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung

mit Leben erfüllt. Dazu gehören kostenfreies Schulesen für unsere Kinder an den Grundschulen, die Abschaffung von Kita- und Hortgebühren, die Einführung des kostenfreien Schülertickets.

Da ich nicht alles auführen kann, so will ich an dieser Stelle selbstbewusst behaupten - wir haben eine Reihe wegweisender Dinge geschafft, die auch nur mit rot-rot-grüner Konstellation möglich sind.

Gleichzeitig mussten wir aber auch feststellen, dass trotz anhaltender guter finanzieller Rahmenbedingungen vieles nicht so schnell umzusetzen ist, wie wir es uns wünschen. Gleichzeitig wächst die Stadt schneller, als wir es noch vor kurzer Zeit annehmen konnten. Diesen Aufgaben werden wir uns stellen, doch das gelingt nur gemeinsam. An diesem „Gemeinsam“, an unserem Anspruch des Regierens auf Augenhöhe müssen wir noch arbeiten. Doch bei allen Differenzen in Detailfragen und dem einen oder anderen härteren Konflikt haben wir als R2G gemeinsame Schnittmengen und Ziele, auch über 2021 hinaus.

Und R2G ist aus einem weiteren Grund zum Erfolg verpflichtet - in vielen Teilen der Bundesrepublik, in Europa und weit darüber hinaus tobt eine gesellschaftliche Lagerauseinandersetzung zwischen Mitte-Links und Rechts. Dem müssen wir zwingend eine Alternative entgegensetzen, ein Angebot der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität und Demokratie, der ökologischen Nachhaltigkeit, langfristig und auch über Berlin hinaus!

Heimatverein 2019

Im 13. Pressegespräch berichteten Claas Reise, Wolfgang Brauer und Rainer Rau über die bemerkenswerten Aktivitäten und die Beständigkeit des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf.

Der jüngste „Tag der Regional- und Heimatgeschichte“ befasste sich mit der „Nachwendewirtschaft“ - Geschichten von Erfolg und Misserfolg. Die Transformation 1989 - 1992 machte die Wirtschaft im Bezirk „platt“. Sämtliche Großindustrie ist weg, von Berlin-Chemie nur ein „Platzhalter“ übrig. Zum lokalen Wirtschaftsfaktor ersten Ranges entwickelte sich das Gesundheitswesen. Die „Macher“ der Klein- und mittelständischen Unternehmen hielten gute Vorträge, diese jedoch nicht schriftlich oder digital fest. So wird es das dazu erwartete Heft nicht mehr geben. Der Vorstand entschloss sich für ein neues Format eines „Jahrbuchs“, das ein breiteres Themenspektrum zulässt. Der nächste Tag der Regional- und Heimatgeschichte ist für 12. Oktober im Gutshaus Mahlsdorf geplant.

Anlässlich 100 Jahre Bauhaus soll die Pkw-Halbtagesfahrt am 28.9. nach Bernau und an den Bogensee führen. Die Bus-Exkursion - kostet 35,00 EUR (für HV-Mitglieder 25,00 Euro) - geht am 29. Juni nach Zehdenick, dann in den Ziegeleipark Mildeberg und abschließend nach Badingen ins vermutlich älteste erhaltene Renaissance-Haus

Brandenburgs.

Zur Info: die Mitgliedsbeiträge betragen pro Jahr 30 Euro, für Rentner 20 Euro, für Schüler 10 Euro. Schulen und Vereine sind finanziell vom Beitrag freigestellt.

2018 sprang der Heimatverein „in die Bresche“ als Träger des Kaulsdorfer Weihnachtsmarktes, führt seither Regie und Kasse. Das Unternehmen Schilkin und weitere unterstützen das regionale Ereignis dankenswerterweise, und eine Reihe von hiesigen Vereinen bringt sich aktiv mit ein. Die vormalige Arbeitsgruppe gehört nun zu 100 % dem HV an. Vormerken bitte: 7. 12.2019 von 13.00 bis 19.00 Uhr.

Ein Konflikt, der schon vor einem Jahr an dieser Stelle benannt wurde, betrifft das Bezirksmuseum! Wie kann es sein, dass die Öffnungszeiten auf die Werktage von montags bis freitags beschränkt wurden und dass für die Sammlungen kein Personal da ist und dass das Haus 2 geschlossen bleibt, obwohl dafür weiterhin eine Riesenpacht gezahlt wird? Der Heimatverein hatte 2018 BVV und Bezirksamt auf ihre besondere Verantwortung dafür hingewiesen und zu entsprechendem Handeln aufgefordert. Jetzt fordert der Heimatverein von der Politik eine rasche Lösung.

BERND-R. LEHMANN

Baumblütenzauber

**Verlust kein Verlust
wenn Gegenwart ein Gewinn**

JANINA NIEMANN-RICH

Für handlungsfähigen Bezirk

In der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung im März 2019 fasste das Bezirksparlament einen einstimmigen Beschluss, ohne darüber nochmals diskutieren zu müssen. Der Antrag der Linksfraktion „Bezirkseigene Immobilien statt Mietobjekte“ wurde seit November 2018 in fünf verschiedenen Fachausschüssen der BVV beraten. Jeder Ausschuss empfahl zumeist einstimmig die Annahme des Antrages. Bei soviel Einigkeit lohnt es sich genauer hinzusehen, worum es hierbei eigentlich geht.

Die Forderung lautet: Raus aus angemieteten Räumen und Gebäuden, rein in eigene Immobilien. Und wenn diese nicht vorhanden sind, soll der Bezirk auch einen Ankauf von geeigneten Liegenschaften prüfen.

Die massive Reduzierung bezirkseigener Objekte der vergangenen Jahre und der damit oftmals verbundene Verkauf haben dazu geführt, dass eine Reihe von Dienstleistungen und Verwaltungsbereichen des Bezirksamtes - z.B. die Bürgerämter, die Bibliotheken und das Gesundheitsamt - in Mietobjekten verortet sind. Der Bezirk muss Miete zahlen und ist zumeist auch dann an die jeweiligen Räume gebunden, wenn sich die Kosten erhöhen. Eine Bibliothek beispielsweise kann eben nicht einfach umziehen, wenn sich die Miete erhöht.

Um diese faktische Abhängigkeit zu beenden, braucht der Bezirk auf der einen Seite zusätzliche Gebäude, andererseits müssen vorhandene, aber derzeit nicht nutzbare Häuser, dringend saniert werden. Das „Haus der Gesundheit“ in Hellersdorf ist das wohl treffendste Beispiel für die derzeitige Situation. Dank dem Engagement der LINKEN konnte eine Privatisierung des Gebäudes in der vergangenen Wahlperiode verhindert werden. Da der Brandschutz jedoch nicht gegeben ist, kann es derzeit nicht genutzt werden. Dem gegenüber steht, dass sich das bezirkliche Gesundheitsamt in einem Mietobjekt in der Hellen Mitte befindet. Der Bezirk hat also eigene Räume, zahlt aber stattdessen Miete an einen Privaten. Es ließen sich noch weitere traurige Beispiele nennen, die den dringenden Handlungsbedarf verdeutlichen.

Die BVV hat mit der Beschlussfassung unseres Antrages die Abkehr vom Ausverkauf öffentlicher Gebäude und Flächen untermauert. Es wird jedoch noch einige Jahre dauern, bis jedes Bürgeramt in bezirkseigenen Räumen unterkommen wird. Solange verdienen private Vermieter bei jedem neuen Personalausweis mit.

BJOERN TIELEBEIN

Endlich

**atme ahnend
rieche
zartes Grün Gewissheit**

JANINA NIEMANN-RICH

Hauptversammlung stimmt sich auf Europawahlen ein und fasst Beschluss zur Liegenschaftspolitik

Die 4. und letzte Tagung der 6. Hauptversammlung stand unter dem Eindruck der nahenden Europawahlen und den aktuellen politischen Diskussionen über Mieten- und Liegenschaftspolitik in Berlin. In ihrer Eingangsrede betonte Katina Schubert den Wert einer parlamentarischen LINKEN im Europäischen Parlament, die dringend notwendig ist angesichts erstarkender neoliberaler und rechtspopulistischer Kräfte in Europa. Unter dem Wahlmotto „Für ein solidarisches Europa der Millionen, statt einer EU der Millionäre“ fasste die Hauptversammlung einen eigenen Beschluss für die Europawahlen.

Bjoern Tielebein brachte danach den Antrag „DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf und öffentliches Eigentum“ ein. Das Papier wurde in den letzten Monaten mit der Basis intensiv diskutiert. In dem Papier bekräftigt DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf die grundlegende Abkehr von der Politik des Ausverkaufs öffentlichen Eigentums. Mit der neuen Liegenschaftspolitik des Landes Berlin soll kein öffentliches Eigentum mehr an private Unternehmen und Investor*innen verkauft werden. Erbbauverträge, die den langfristigen Verbleib von Flächen in öffentlicher Hand sichern, sind an diese Stelle getreten. Für DIE LINKE steht die Sicherung öffentlichen Eigentums, von Grund und Boden sowie der Gebäude an oberster Stelle. Um eine langfristige soziale Entwicklung für die Bürgerinnen und Bürger leisten zu können, muss der Bezirk auch in die Lage versetzt werden Flächen und Gebäude ankaufen zu können, um sich von Privaten unabhängig zu machen. Die Hauptversammlung sprach sich auch dafür aus, dass für Genossenschaften der Erwerb von Flächen möglich sein muss, sofern die Interessen des Landes und der Bezirke für bezahlbaren Wohnraum Berücksichtigung finden. In einem Änderungsantrag von Regina Kittler sprach sich die Hauptversammlung zusätzlich dafür aus, dass auch in Marzahn-Hellersdorf die Einrichtung von Milieuschutzgebieten geprüft werden soll.

Des weiteren fasste die Hauptversammlung drei weitere politische Beschlüsse. Zunächst bekräftigte sie die Forderung der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, dass das Land Berlin eine landesweite Containerreserve anschaffen soll, um den kurzfristigen und temporären Schülersatzbau sowie zusätzliche Mensa-Kapazitäten für das kostenlose Schulesen zu realisieren. Leider fehlt es weiterhin im Land an kurzfristigen Alternativen, um Schulen im Betrieb und bei der Sanierung zu entlasten.

Analog zur „Berliner Schulbauoffensive“ forderte die Hauptversammlung, dass es auch für die Berliner Verwaltung ein eigenes Sanierungsprogramm für die Verwaltungsgebäude geben muss.

Die Bedingungen, unter denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger anbieten, genügen nicht den Ansprüchen an eine moderne Verwaltung. Da das Bezirksamt nicht über die notwendigen Investi-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hauptversammlung
Foto: H. Wagner

tionsmittel verfügt, kann dies nur mit Unterstützung des Landes möglich gemacht werden. Als Beispiel wurde das ehemalige „Haus der Gesundheit“ genannt, das seit Jahren aus Brandschutzgründen leer steht, und mit einem Volumen von etwa 20 Mio. Euro wieder Sitz des Gesundheitsamtes, das nun in einem Mietobjekt sitzt, werden könnte.

Ein weiterer Antrag forderte, dass die Planungen für die Erweiterung der Straßenbahntrasse von Marzahn über die Wuhletalstraße nach Hohen-

schönhausen seitens des Landes konkretisiert und als Maßnahme in die Investitionsplanung aufgenommen werden sollen. Der vom Senat verabschiedete Nahverkehrsplan gibt zwar einen Ausblick auf die Schaffung eines neuen S-Bahnhofs Wuhletalstraße. Dieser macht allerdings nur Sinn, wenn auch die Straßenbahn abzweigend an der Wuhletalstraße weiter nach Hohenschönhausen verlängert würde. Diese würde sich mit dem S-Bahnhof Wuhletalstraße kreuzen und böte einen Umsteigepunkt.

Die Hauptversammlung befasste sich auch mit der Umsetzung des Strukturbeschlusses. Uwe Wollmerstätt berichtete über den aktuellen Stand und noch ausstehende Probleme und Fragen. Viele Koordinierungsgremien arbeiten nun bereits. Im Wahlkreis 4 wurde nun auch beschlossen eine eigene Wahlgemeinschaft für die Wahl von Delegierten zu bilden. Sowohl im Bezirksvorstand als auch auf der Hauptversammlung werden die Reformschritte weiter besprochen. Ein Antrag von Philipp Trögel zur Mitgliedergewinnung für DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf wurde ebenso verabschiedet. Gemeinsam mit dem Bezirksvorstand wird ein Konzept dafür erarbeitet, das im November auf der 7. Hauptversammlung präsentiert werden soll.

Ein Antrag von Fritz Gläser für die Quotierung von Marzahn-Hellersdorfer Delegierten wurde an den Bezirksvorstand überwiesen. Der Antrag forderte, dass Marzahn-Hellersdorfer Delegierte zu Bundes- und Landesparteitagen sowie zu Vertreterversammlungen mehrheitlich keine Mandatsträger*innen der Europa-, der Bundes-, der Landes- bzw. der Kommunalebene bzw. von diesen oder Partei wirtschaftlich abhängig sein dürfen. Die satzungsrechtlichen Fragen und damit die Zulässigkeit des Antrags werden unter Einbeziehung des Antragstellers im Bezirksvorstand geklärt.

KRISTIAN RONNEBURG
Bezirksvorsitzender

Anrührende Begegnung

Eigentlich wollte ich nicht so schnell wieder von Familie A. aus Syrien berichten. Aber nach unserem Besuch bei ihnen im März in Spandau, in einer richtigen Wohnung, muss ich es doch. Die siebenköpfige Familie ist überglücklich, besonders die Mama, die ein festliches Kleid trug. Nach einem schmackhaften Mittagessen nach syrischer Art gab es eine Torte, ca. 45 mal 30 cm, mit einem Foto von meinem Mann und mir auf Esspapier. Wir waren sprachlos! Das hatten wir noch nicht erlebt.

Die Geste ist das Entscheidende. Wir glauben, dass sie so ihre allgemeine Dankbarkeit ausdrücken wollten, dafür dass sie hier in Frieden leben dürfen. Darüber wird selten geschrieben.

GUDRUN BENSER



Rotes Sofa

» **9.4.**, 18 Uhr, mit Klaus Lederer, Bürgermeister und Senator für Europa und Kultur, Abgeordnetenbüro Kittler und Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Sozialberatung im Kiezbüro von Kristian Ronneburg

» **18.4., 15 Uhr:** Sozialberatung am jeweils 3. Donnerstag eines Monats. Um Voranmeldung gebeten. Diese kann während der Öffnungszeiten im Kiezbüro (siehe www.kristian-ronneburg.de), telefonisch 030 47057520 oder schriftlich unter folgenden E-Mail Adressen:

stein@wk.linksfraktion-berlin.de

volkert@wk.linksfraktion-berlin.de erfolgen.

Adresse Kiezbüro Kristian Ronneburg: Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Berliner Ostermarsch

» **20.4.**, 13 Uhr: Auftakt an der Volksbühne, Rosa-Luxemburg-Platz, 15 Uhr: Abschlusskundgebung ebenda

Gedenken zum Tag der Befreiung

» **21.4.**, 11 Uhr, Gedenkkundgebung am Haus Landsberger Allee 563, bringt Blumen mit!

» **4.5.**, 10.00 Uhr, Kranzniederlegung, Parkfriedhof Marzahn, Eingang Wiesenburger Weg

» **4.5.**, 11.30 Uhr, Kranzniederlegung, Gedenkstätte Brodauer Straße

Osterweg Marzahn-Hellersdorf

» **22.4.**, 10 Uhr, Beginn am STZ Marzahner Promenade 38, weiter zur Katholischen Kirche, Neufahrwasserweg, zur Russisch-Orthodoxen Kirche, Allee der Kosmonauten, bis An der Mühle, Veranstaltung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Berlin Marzahn-Hellersdorf

Forum zum Thema Europa

» **29.4.**, 19 Uhr, Forum mit den Schwerpunkten Europa und Europawahl, zu Gast: Helmut Scholz (MdEP), Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12

1.-Mai-Fest der LINKEN

» **1.5.**, 15-18 Uhr, Fest der LINKEN mit Talk und Musik, Kinderfest und Kuchenbasar, Ort bitte erfragen (Telefon 030 5412130)

Bezirksvorstand

» **16.4., 7.5.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratung des Bezirksvorstandes

Basis-Koordinierungsberatungen

» **7.5., 5.6.** jeweils 18 Uhr, BO WK 4, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **4.4., 2.5.** jeweils **19 Uhr**, BO WK 1, Golferia, Wittenberger Straße 50, 12689 Berlin

» **7.5., 4.6.** jeweils **19.30 Uhr**, BO WK 2, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **9.4., 14.5.** jeweils **19 Uhr**, BO WK 3 + 6, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» **15.5.**, (1) 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, (2) 15-17 Uhr, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, um telefonische Anmeldung unter: 030 99289380 wird gebeten.

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdA)

» **26.4.**, 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin Telefon: 030 54980323

Sprechstunden Regina Kittler (MdA)

» Terminvereinbarung im Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Telefon: 030 54980322

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdA)

» Terminvereinbarung im Abgeordnetenbüro, Cecilienplatz 5 (Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15-19 Uhr), Telefon: 030 47057520

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Telefon: 030 54980323, und **Regina Kittler** (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdA), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE**, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15 - 17 Uhr, do 15-18 Uhr, Tel.: 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

„Die echte christliche Verantwortung umfasst das Ganze des weltlichen Handelns – sie lässt sich keineswegs auf irgendeinen isolierten religiösen Bereich beschränken.“

Dietrich Bonhoeffer

Hinten links: Industriepolitik

Die Herausforderungen der Gegenwart für eine Zukunft der Menschheit bestimmen sich zwingend aus Klimawandel und Globalisierung. China hat zehn Schlüsseltechnologien als strategische Schwerpunkte seiner Industriepolitik definiert und will bis 2025 in diesen die globale Führungsposition erreichen.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier stieß mit seinem Papier die Debatte in Deutschland neu an. Er will eine zielgerichtete Koordinierung europäischer Industriepolitik und regt dazu einen „Rat der Industrieminister“ an.

Politiker des Arbeitskreises III – Wirtschaft und Finanzen – der LINKEN im Bundestag reagierten mit „10 Thesen für eine progressive Industriepolitik“.

Frage

Kann es den Linken gelingen, eine plausible, von breiter Bevölkerung akzeptierbare sozialistische Wirtschaftsalternative zu formulieren?

R. RÜDIGER

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr	
	Dienstag:	10 - 17 Uhr	
	Donnerstag:	13 - 18 Uhr	
	Freitag	10 - 13 Uhr	

Schließtag:
15. April 2019

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 28.3.2019. Auslieferung ab 02.04.2019.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf **links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächsten Ausgaben erscheinen **am 07.05. und 04.06.2019 (Anlieferung aus Druckerei).**